

Bis Freitag Abend lag das Bundestagswahlergebnis unseren Volksvertretern schwer im Magen und es wurde ein Rücktritt nach dem anderen angekündigt. Doch dann kam plötzlich die Trendwende. Auslöser war, dass Angela Merkel über den Chef des Bundespresseamtes (Steffen Seibert) verkünden ließ: „Es nicht zumutbar, dass ich jetzt zwischen der Grünen Gurkentruppe oder den faulen Tomaten der SPD wählen muss. So werde ich den Job nicht annehmen!“

Die Antwort des Jobcenters ließ nicht lange auf sich warten und drohte der nun als Ex-Bundeskanzlerin dastehenden Merkel Sanktionen an: „Es kann nicht angehen, dass anderen [Hartz IV Empfängern Prostitution als zumutbare Arbeit angeboten wird](#) und für Frau Merkel plötzlich andere Maßstäbe gelten sollen. Da soll sie sich mal ein Beispiel an der [FDP nehmen, die mit solchen Dienstleistungen länger als jede andere Partei in der Bundesregierung ihren Dienst abgeleistet hat](#)

“

So herausgefordert blieb Philipp Rösler nicht lange eine Antwort schuldig und sprang der nun Ex-Kanzlerin zur Seite: „Als wir in der ganz großen Koalition aus SPD, Grünen, Union und der FDP die Hartz IV Gesetze verabschiedet haben, war immer klar, dass diese nicht für die Politische Elite gelten. Immerhin geht es bei uns nicht um gewollte Faulheit, sondern um bewusstes verarschen der Bürger. Und deswegen müssen wir auch da den Hebel ansetzen.“

Sofort griff Peer Steinbrück diese Vorlage dankbar auf: „Wir können uns nicht länger von den Wählerinnen und Wählern auf der Nase herumtanzen lassen. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber unserer Großspender und das gilt parteiübergreifend!“

Mittlerweile war es Samstag morgen und nun erwachten auch die Grünen aus ihrer Lethargie. Und so ergriff Jürgen Trittin eilig die Initiative und lud alle ihm bekannten im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Gipfeltreffen ein. Dass so die FDP und die AfD mit an Bord waren, die LINKE jedoch nicht, erklärt Trittin so: „Ich habe mich streng an die Liste der Großspender gehalten. Deswegen wollte ich auch [die MLPD mit an den Tisch holen](#) , hatte aber in der kürze der Zeit da keine Kontaktdaten gefunden.“

Und so kam es schon am frühen Samstag Abend zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis, das so niedergeschrieben wurde:

„Wir haben seit 1949 der Marktwirtschaft beiseite gestanden. Es ist nicht sozial, dass wir nun von der Bevölkerung so im Stich gelassen werden. Wir fordern die Verantwortlichen auf nun die Konsequenzen zu ziehen: Der Wähler muss zurücktreten!

Dennoch sind wir uns unserer Bedeutung bewusst und werden das Land nicht im Stich lassen. Wir wären bereit noch einen letzten Versuch zu starten und noch dieses Jahr Neuwahlen zu veranlassen. Jedoch ist unser Entgegenkommen nicht bedingungslos. Bei der Bundestagswahl 2013 Version 2.0 müssen auch die Wähler ihren Beitrag leisten. Deswegen wird das Wahlrecht an eine Linksextremismus-Klausel gebunden. So muss jeder Wähler unterschreiben, dass keine Absicht besteht eine Partei der sogenannten sozialen Gerechtigkeit zu wählen. Weiter muss belastbar dargelegt werden, dass keine Kontakte zur Antifa oder anderen linksextremistischen Organisationen besteht.“

Nach uns vorliegenden Informationen wurde sich in der Runde auch auf ein neues Wahlrecht geeinigt. So wird zukünftig auf 500 Euro Scheinen gewählt, die selbst mitgebracht werden müssen. Gleichzeitig wird die Erst- und Zweistimme zugunsten eines noch offeneren Verfahrens aufgehoben, dazu erklärte Bernd Lucke: „Endlich hat jeder so viele Stimmen wie er sich leisten kann, jeder Schein zählt!“

In einer ersten Erklärung sagt Bernd Riexinger: „Wir können damit gut leben, jetzt können wir uns voll auf die Außerparlamentarische Opposition konzentrieren. Damit sind jegliche Flügelkämpfe beendet!“

Etwas kritischer zeigten sich die Piraten: „Es ist uns zu Old School das Wahlrecht an einen Fetzen Papier zu binden. Warum nehmen wir nicht die Bandbreite der User oder die Anzahl an Twitter Accounts?“